
Zum Artikel „Hollatz vermutet Rolle rückwärts“ vom 11. Februar:

Macht der Gemeinderat nur Sandkastenspiele?

Irrtum, Herr Bürgermeister! Es ist doch klar, dass dieses Projekt gerade eben nicht „mehrfach beschlossen“ ist. Die Wahrheit ist doch nun mal, dass der Gemeinderat seinerzeit beschlossen hatte, eine Eigenbelastung von höchstens 4,1 Millionen Euro zu akzeptieren. Da sich dieser Betrag inzwischen verdoppelt hat, ist die Sache im Grunde damit erledigt. Da beißt die Maus den Faden nicht ab.

Oder macht der Gemeinderat da nur Sandkastenspiele? Im Herbst 2008 hat er überflüssigerweise beschlossen, auch noch mal das Ergebnis der technisch-wirtschaftlichen Prüfung dieses Projektes abzuwarten. Das heißt doch im Klartext, dass auch hier eine Option für einen negativen Ausgang besteht, oder? Sonst führte sich der Gemeinderat selbst ad absurdum.

Der stereotype Hinweis auf die sogenannte „Bürgerbefragung“ ist im Übrigen keine Entschuldigung für eigenes finanzielles Abenteuerium. Das wäre genauso, als wenn jemand mit besoffenem Kopf eine Lokrunde nach der anderen schmeißt, hinterher die Zeche prellt und am nächsten Morgen keine Ahnung mehr hat.

ACHIM RIEKE, LILIENTHAL

Zum Thema Gleichstellungsbeauftragte in Lilienthal:

Gute Arbeit erfordert guten Lohn

Jetzt müsste doch jedem Mann und jeder Frau im Gemeinderat klar sein, dass die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten wieder besetzt werden muss. Und bitte nicht im Ehren- und Nebenamt. Die Arbeit kann nicht von irgendeiner Frau gemacht werden, sondern sie muss eine entsprechende Ausbildung (Studium) haben.

Gute Arbeit erfordert guten Lohn. Ich habe Frau Teubert als eine engagierte Frauenbeauftragte erlebt und weiß auc aus dem Bekanntenkreis, wie hilfreich ein Gespräch mit ihr war.

Mehr und andere Frauen täten dem Gemeinderat gut. CHRISTEL ROPELLA, LILIENTHAL

Marianne Teubert hinterlässt große Lücke

Nachdem sich SPD und Grüne öffentlich für die Neubesetzung der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten ausgesprochen haben, fehlt immer noch das Votum von CDU und FDP. Bei Millionenausgaben sind die Vertreter der CDU schneller dabei, wie zum Beispiel bei der Schule Frankenburg und der neuen Turnhalle.

Ich wünsche allen Frauen, die zukünftig Rat und Hilfe benötigen, dass sie genau so kompetent, ermunternd und zugewandt begleitet und beraten werden wie ich in den letzten Jahren von Marianne Teubert. Sie hinterlässt in Lilienthal eine große Lücke, die mit relativ geringen Mitteln wieder geschlossen werden kann. Bedrückend finde ich, dass selbst einige Frauen im Rat schweigen. Gerade von ihnen erwarte ich, dass sie ihre Stimme für Frauen erheben. Wie war das noch mit der lebendigen Vielfalt oder muss es in Zukunft in Einfältigkeit umgewidmet werden?

GISELA NICKEL, LILIENTHAL

Ehrenamtliche Stelle hätte nur Alibifunktion

Es darf nicht sein, dass die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten in Zukunft ehrenamtlich besetzt wird. Ehrenamtlichkeit mit einer Aufwandsentschädigung, die nicht für Anwartschaften zur Rente geeignet ist, mit beschränkten Befugnissen und wenig Rechten wird immer nur eine Alibifunktion haben.

Eine Gleichstellungsbeauftragte soll sich für die Benachteiligten – und das sind in der Regel die Frauen – einsetzen und stark machen. Wie kann sie das ernsthaft tun, wenn sie selbst benachteiligt wird durch die Ehrenamtlichkeit.

Es besteht leider immer noch Handlungsbedarf in der Umsetzung des Gleichstel-

lungsgebotes, das im Grundgesetz und in der Niedersächsischen Verfassung verankert ist. Zu dieser Umsetzung bedarf es einer hauptamtlichen Beauftragten, die sich professionell darum kümmern kann – mit garantierter Autorität und einem weitreichenden, festgelegten Einfluss. Das ist ehrenamtlich nicht möglich und kann so nicht sichergestellt werden. Ich bin nicht gegen das Ehrenamt, aber an dieser Stelle ist Hauptamtlichkeit gefragt.

ANNELIESE SAHR, LILIENTHAL

Zum Thema Linie 4

Die Bürgerbefragung war eine Posse

Immer wieder behaupten SPD und Grüne, dass die Mehrheit der Lilienthaler Bürger die Straßenbahn will und berufen sich auf die Bürgerbefragung. Viele Bürger haben sich durch eine unkorrekte Befragung täuschen lassen. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger wurde missbraucht.

Der § 22 b der Niedersächsischen Gemeindeordnung schreibt vor, dass „das Bürgerbegehren neben einer Beschreibung des Projektes insbesondere eine Begründung sowie einen nach den gesetzlichen Bestimmungen durchführbaren Vorschlag zur Deckung der mit der Ausführung der Entscheidung verbundenen Kosten oder Einnahmeausfälle enthalten muss“. SPD und Grüne verdrän-

gen, dass die in Lilienthal durchgeführte Befragung nicht rechtens und damit null und nichtig war, weil es an dieser umfassenden Information der Bürger fehlte! Der Gesetzgeber hat für ein Bürgerbegehren hohe Hürden gesetzt. Suggestivfragen, wie „Wollen Sie eine Straßenbahn oder nicht“ sind nicht zulässig.

Der ehemalige Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, der Jurist Ralf Lindemann, hat jüngst Bürgermeister Willy Hollatz aufgefordert, verbindliche Auskünfte zur Finanzierung der Linie 4 zu geben und gefordert, dass nicht der Rat, sondern die Bürger über den Bau der Linie 4 entscheiden sollen und dies durch eine Befragung aller kommunalwahlberechtigten Einwohner erfolgen muss. Vielleicht lässt sich die SPD durch ihr eigenes Mitglied endlich einmal aufklären, dass es bisher keine belegte Mehrheit der Bürger Lilienthals für die Linie 4 gibt.

HERBERT ROSCHEN, LILIENTHAL

Leserbriefe stellen keine redaktionellen Meinungsäußerungen dar, sie werden aus den Zuschriften, die an die Redaktion gerichtet sind, ausgewählt und geben die persönlichen Ansichten ihrer Verfasser wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Anonyme Zuschriften sowie Briefe, bei denen die Nennung des Absenders nicht gewünscht wird, werden nicht veröffentlicht. Briefe, die per E-Mail an uns geschickt werden, müssen eine postalische Adresse enthalten. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.
